Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 23. Januar 2023*

Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zu SAFE nun voraussichtlich im Juni

Die EU-Kommission plant, ihren Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und aggressiver Steuerplanung (SAFE) am 7. Juni 2023 vorzulegen. Dies geht aus der am 17. Januar veröffentlichten vorläufigen Tagesordnung für die kommenden Kommissionssitzungen hervor. Zu Beginn dieses Monats wurde der 5. April als mögliches Veröffentlichungsdatum genannt. Der Inhalt des zukünftigen Vorschlags ist noch unklar. In ihrem öffentlichen Konsultationsdokument zog die Kommission mehrere Optionen in Erwägung, darunter Sorgfaltspflichtverfahren zur Durchführung einer Selbsteinschätzung, um nachzuweisen, dass eine Steuerregelung nicht zu Steuerhinterziehung oder aggressiver Steuerplanung führt, einen Verhaltenskodex, der es den „Enablern" verbieten würde, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung zu planen oder dabei zu helfen, sowie ein potenzielles EU-Register. Am selben Tag will die EU-Kommission auch einen Vorschlag für ein gemeinsames System zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung von Steuermissbrauch im Bereich der Quellensteuer vorlegen.

Einnahmen durch Umsetzung des OECD-Zwei-Säulen-Abkommens sollen laut OECD-Analyse höher ausfallen als erwartet

Laut einer neuen OECD-Analyse vom 18. Januar, werden die Einnahmegewinne durch die Umsetzung des OECD-Zwei-Säulen-Abkommens höher ausfallen als bisher erwartet. Die vorgeschlagene globale Mindeststeuer (Säule II) wird nun voraussichtlich zu jährlichen globalen Einnahmegewinnen von rund 220 Mrd. USD oder 9 % der weltweiten Körperschaftssteuereinnahmen führen. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber der früheren OECD-Schätzung von 150 Mrd. USD an zusätzlichen jährlichen Steuereinnahmen. Für die erste Säule erwartet die OECD nun eine Verlagerung der Besteuerungsrechte für Gewinne in Höhe von rund 200 Mrd. USD pro Jahr. Dies dürfte auf der Grundlage der Daten von 2021 zu jährlichen globalen Steuermehreinnahmen zwischen 13 und 36 Mrd. USD führen. Die neuen Schätzungen beruhen auf aktualisierten Daten, die im Progress Report über den Betrag A und in den GloBE-Modellregeln enthalten sind. Eine vollständige Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen sowie ein detaillierter Bericht über die Methodik werden in den kommenden Monaten veröffentlicht.

EU-Parlament stimmt über seinen Bericht zur Unshell-Richtlinie ab

Das EU-Parlament hat am 17. Januar seine unverbindliche Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission zur Richtlinie zur Festlegung von Kriterien für die Bestimmung von Briefkastenfirmen zur Steuervermeidung und Steuerhinterziehung (Unshell) angenommen. In ihrer Stellungnahme änderten die Abgeordneten den Kommissionsvorschlag, indem sie insbesondere die Schwellenwerte, unterhalb derer ein Unternehmen von den Meldepflichten der Richtlinie befreit ist, leicht absenken und vorsehen, dass Sanktionen auch gegen

Unternehmen mit keinen oder geringen Einnahmen verhängt werden können. Außerdem sollen die berichtspflichtigen Unternehmen verpflichtet werden, detailliertere Informationen zu liefern. Während der Debatte vor der Abstimmung forderten zahlreiche Abgeordnete den EU-Rat auf, den Text so schnell wie möglich zu verabschieden. Die für Wettbewerbsfragen zuständige Kommissarin Margrethe Vestager versicherte den Abgeordneten, dass die in dem Vorschlag vorgesehenen steuerlichen Konsequenzen für Unternehmen, die die Vorschriften nicht einhalten, die bestehenden bilateralen Steuerabkommen zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern nicht beeinträchtigen werden. Während der Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten kamen in der Tat Fragen darüber auf, ob eine EU-Richtlinie Verpflichtungen aufheben kann, die die Mitgliedstaaten gegenüber Drittländern in Steuerabkommen oder Steuerverträgen haben.

EU-Mitgliedsstaaten sollen durch steuerliche Maßnahmen den Einsatz von Eigenkapital zum digitalen und nachhaltigen Wandel der EU fördern

In ihrer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 19. Januar sagte die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) Christine Lagarde, dass die EU-Mitgliedstaaten den Einsatz von Eigenkapital, auch durch steuerliche Maßnahmen, fördern sollten, um den digitalen und grünen Wandel in der EU zu finanzieren.
"Eigenkapital ist der beste Weg, um Geld in die Sektoren zu leiten, die Innovationen benötigen", sagte Lagarde. "Wenn die Steuervorschriften so sind, dass sie eher Schulden als Eigenkapital fördern, wie sollen wir dann Eigenkapital mobilisieren?", fügte sie hinzu. Die EU-Kommission hat im Mai 2022 einen Freibetrag zur Verringerung der Verschuldungsquote (DEBRA) vorgelegt, die Mitgliedstaaten haben allerdings beschlossen, die Diskussionen über den Vorschlag auf Eis zu legen, bis mehr über den Plan der EU-Kommission für einen neuen Rahmen für die Einkommensbesteuerung (BEFIT) bekannt ist.

Haftungsausschluss

Dieser Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)